

Julia Obermeier

- (A) Die Bundeswehr beteiligt sich verstärkt am Air Policing über dem Baltikum. Deutsche Soldatinnen und Soldaten leisteten Nothilfe bei der Ebolabekämpfung. Die Bundeswehr bildet seit 2014 im irakischen Erbil kurdische Peschmerga für ihren Kampf gegen die IS-Terrormiliz aus. Zwei deutsche Schiffe beteiligen sich seit Mai dieses Jahres an der Seenotrettung im Mittelmeer und seit Oktober auch an der Schleuserbekämpfung.

(Zuruf von der CDU/CSU: Sehr gut! – Heike Hänsel [DIE LINKE]: Toller Freund!)

Seit diesem Sommer helfen Bundeswehrangehörige im Inland bei der Bewältigung der Flüchtlingskrise.

(Heike Hänsel [DIE LINKE]: Märchenstunde!)

Mittlerweile stehen bis zu 8 000 Soldatinnen und Soldaten hierfür bereit. Morgen werden wir einen Einsatz in Syrien zur weiteren Bekämpfung des IS beschließen.

(Wolfgang Gehrcke [DIE LINKE]: Oder auch nicht!)

Die Vielfalt allein dieser neuen Aufgaben zeigt, wie sehr wir unsere Bundeswehr brauchen und wie wertvoll einsatzbereite, gut ausgebildete und gut ausgestattete Streitkräfte sind.

Auf die wichtigen Bereiche der Ausstattung und der Ausbildung blickt auch der Wehrbeauftragte in seinem Bericht. Unsere Soldatinnen und Soldaten müssen ihr Gerät im Einsatzfall beherrschen können. Daher braucht es ausreichend Übung im Regelbetrieb. So ist es besorgniserregend, wenn im Bericht des Wehrbeauftragten zu lesen ist, dass die Zahl der Fälle zugenommen hat, in denen Ausbildungsmängel oder fehlendes Ausbildungsmaterial die Ursache für ungewollte Schussabgaben sind, zumal hierbei auch Soldaten verletzt wurden. Daraus folgt: Die Bundeswehr braucht auch im Grund- und Übungsbetrieb eine bedarfsorientierte Vollausstattung; denn eine gute Ausrüstung und Ausbildung sind der beste Schutz für unsere Soldatinnen und Soldaten. Hierfür haben die Bundeswehr als Dienstherr, aber auch wir als Parlament eine Fürsorgepflicht.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie der Abg. Heidtrud Henn [SPD])

Daher freut es mich, dass wir bei den Haushaltsberatungen in der vergangenen Woche einen Aufwuchs der Mittel für die Verteidigung erreichen konnten. Künftig werden wir jedoch noch mehr Mittel brauchen, um den Schutz unserer Soldatinnen und Soldaten in allen Lagen gewährleisten zu können.

Es geht hier nicht nur um die körperliche, sondern auch um die seelische Unversehrtheit. Hier leistet im Bereich der Prävention die Militärseelsorge einen sehr wichtigen Beitrag, wie auch der Wehrbeauftragte in seinem Bericht feststellt. Etwa 200 Militargeistliche begleiten unsere Soldatinnen und Soldaten im In- und Ausland. Mein Dank gilt an dieser Stelle vor allem den Militärseelsorgern, die zusammen mit den Männern und Frauen

in Uniform in den Feldlagern und auf den Schiffen der Deutschen Marine an Auslandseinsätzen teilnehmen. (C)

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Sie sind dort wichtige Ansprechpartner, und das unabhängig vom religiösen Bekenntnis der einzelnen Soldatinnen und Soldaten. Sie geben Rückhalt und leisten auf vielfältige Weise Beistand. Dafür auch im Namen der CDU/CSU-Fraktion ein herzliches „Vergelts Gott!“.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Unsere Soldatinnen und Soldaten verdienen neben der Fürsorge und der Seelsorge auch die nötige Anerkennung. Diese Anerkennung kann materiell in Form von Zulagen erfolgen. Es freut mich, dass wir jüngst zum Beispiel die Zulage für die Heeresbergführer und die Feuerwehr erhöhen konnten. Vom für 2016 angekündigten Veteranenkonzept erhoffe ich mir, sehr geehrte Herren Staatssekretäre, neue Formate bei der Anerkennung für unsere Soldatinnen und Soldaten. Eine bewährte Form der Anerkennung sind Einsatzmedaillen. So ist es bestürzend, im Bericht des Wehrbeauftragten zu lesen, dass es immer wieder zu Verzögerungen und Problemen bei der Verleihung von Einsatzmedaillen kommt. Ich hoffe, dass diese wichtigen Auszeichnungen künftig reibungslos erfolgen können. Zudem würde ich es sehr begrüßen, wenn wir, ähnlich wie bei der Flutkatastrophe 2013, auch für den Einsatz bei der Flüchtlingskrise mit Einsatzmedaillen danken könnten.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, der Dienst in der Bundeswehr hat viele Gesichter. Unser Dank gilt allen ehemaligen und aktiven Soldatinnen und Soldaten und an dieser Stelle auch ausdrücklich dem amtierenden Wehrbeauftragten Hans-Peter Bartels sowie seinem Vorgänger Hellmut Königshaus, der, wie sein Bericht belegt, sich als Anwalt für die Belange der Soldatinnen und Soldaten starkgemacht hat. (D)

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Vizepräsidentin Petra Pau:

Ich schließe die Aussprache.

Wir kommen zur Beschlussempfehlung des Verteidigungsausschusses zum Jahresbericht 2014 des Wehrbeauftragten. Es handelt sich hier um die Drucksachen 18/3750 und 18/6093. Der Ausschuss empfiehlt, in Kenntnis der Unterrichtung eine Entschließung anzunehmen. Wer stimmt für diese Beschlussempfehlung? – Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich? – Die Beschlussempfehlung ist einstimmig angenommen.

Ich rufe den Tagesordnungspunkt 7 auf:

Beratung des Antrags der Abgeordneten Sevim Dağdelen, Heike Hänsel, Wolfgang Gehrcke, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE

Keine militärische Antwort auf Terror

Drucksache 18/6874

Vizepräsidentin Petra Pau

- (A) Nach einer interfraktionellen Vereinbarung sind für die Aussprache 38 Minuten vorgesehen. – Ich höre keinen Widerspruch. Dann ist so beschlossen.

Ich eröffne die Aussprache. Das Wort hat die Kollegin Sevim Dağdelen für die Fraktion Die Linke.

(Beifall bei der LINKEN)

Sevim Dağdelen (DIE LINKE):

Verehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Gestern hat die Bundesregierung ihren Antrag auf einen Kriegseinsatz in Syrien hier im Deutschen Bundestag eingebracht. Schon morgen sollen die Abgeordneten darüber abstimmen. Im Eiltempo wollen CDU, CSU und SPD das Land in einen Krieg stürzen.

(Max Straubinger [CDU/CSU]: Ist er nicht!)

Weder das Gebiet noch die Dauer des sogenannten Kriegs gegen den Terror sind klar, noch ist eine politische Strategie erkennbar. Wird dieser Krieg über zehn Jahre dauern, wie es zum Beispiel der Bundeswehrverband angibt? Wen werden Sie in Ihrem Einsatz in Syrien als Bodentruppen nehmen: al-Qaida-Verbände, andere islamistische Terrormilizen, die dann als moderate Rebellen umetikettiert werden, wie Sie es in den letzten Jahren immer getan haben? Auf alle diese entscheidenden Fragen haben Sie uns Abgeordneten und der Öffentlichkeit keine Antworten geliefert. Es waren gestern im Auswärtigen Ausschuss nur Sprechblasen zu vernehmen. Dieses Kriegsabenteuer, meine Damen und Herren, lehnen wir als Linke ab.

(B)

(Beifall bei der LINKEN)

Wir sind solidarisch an der Seite der Bevölkerung in Frankreich. Aber diese Solidarität kann nicht bedeuten, dass wir als Antwort auf die barbarische Ermordung von Zivilisten in Paris jetzt Zivilisten in Mali, in Afghanistan und in Syrien per Bombenkrieg morden. Das darf nicht die Antwort auf die Barbarei sein.

(Beifall bei der LINKEN)

Wie ein Schüler, der sich gerade dadurch unglaubwürdig macht, dass er fünf verschiedene Gründe für sein Zuspätkommen anführt, nennt der Antrag der Bundesregierung verschiedenste vermeintliche Rechtsgrundlagen für diesen Einsatz, jedoch keine einzige ist tragbar.

(Beifall bei Abgeordneten der LINKEN)

Die Wahrheit ist: Der Einsatz ist weder vom Völkerrecht noch vom Grundgesetz gedeckt, was bezüglich der Bundeswehreinsätze noch engere Grenzen setzt als das Völkerrecht.

(Beifall bei der LINKEN – Henning Otte [CDU/CSU]: Das stimmt nicht!)

Sie führen hier einen Angriffskrieg, meine Damen und Herren.

(Henning Otte [CDU/CSU]: Auch das stimmt nicht!)

Es gibt keine UN-Sicherheitsratsresolution, (C)

(Henning Otte [CDU/CSU]: Und auch das stimmt nicht!)

die die terroristischen Anschläge von Paris als bewaffneten Angriff auf das Hoheitsgebiet von Frankreich wertet und dieses Selbstverteidigungsrecht explizit nach Artikel 51 UN-Charta erwähnt. Es gibt auch kein Mandat nach Kapitel VII der UN-Charta.

Ich sage Ihnen eines: Wer wie Sie anfängt, sich im Völkerrecht nur das herauszusuchen,

(Henning Otte [CDU/CSU]: Das machen Sie doch! – Ingo Gädechens [CDU/CSU]: Wir sind doch keine Linken! Wir suchen uns nichts aus!)

was ihm politisch genehm ist, der öffnet der Willkür Tür und Tor beim Thema Völkerrecht.

(Beifall bei der LINKEN)

Sie zertrümmern das Völkerrecht. Bei dieser Zertrümmerung werden wir nicht mitmachen. Wir als Fraktion Die Linke sagen Nein zu Ihrem Angriffskrieg. Union und SPD machen hier nämlich Willkür zum Recht. Das kann man nicht zulassen.

Als Grundlage für diesen Krieg berufen Sie sich auch auf die Aktivierung der EU-Beistandsklausel nach Artikel 42 Absatz 7 des Vertrages der Europäischen Union. Sie behaupteten sogar, um diesen Einsatz grundgesetzlich legitimieren zu können, dass die Europäische Union ein kollektives Sicherheitssystem sei. Diese Lüge der Bundesregierung ist schon nach 24 Stunden in sich zusammengebrochen; denn Ihre Behauptung widerspricht diametral dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts zu ebendiesem EU-Vertrag. Dieses Gericht hat eindeutig festgelegt, dass auch die Europäische Union nach dem Vertrag von Lissabon kein – ich betone: kein – kollektives Sicherheitssystem ist. Dazu kommt, dass Sie auf dem Rat der Verteidigungsminister nicht einmal einen Beschluss haben fassen lassen, als es um die Aktivierung der Beistandsklausel ging. Per Zuruf schitterte die Europäische Union, wie der Staatssekretär Steinlein des Auswärtigen Amtes gegenüber meiner Fraktion letzte Woche betonte, in den Krieg.

(D)

(Volker Mosblech [CDU/CSU]: Das ist doch Klitterei, was Sie betreiben!)

Ich sage Ihnen deshalb: Ihr willkürlicher Umgang mit dem Recht wird sich noch rächen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der LINKEN)

Hören Sie auf, den Menschen Sand in die Augen zu streuen! Es geht hier nicht um die Entsendung von ein paar Tornados nach Syrien. Es geht Ihnen um einen großen, völlig entgrenzten, neuen Krieg gegen den Terror. Der Grund für Ihre Hast liegt darin, dass sich der Widerstand in der friedliebenden Bevölkerung in Deutschland nicht formieren soll. Die Linke steht aber an der Seite der friedliebenden Bevölkerung und auch der Friedens-

Sevim Dağdelen

- (A) bewegung. Wir sagen deshalb Nein zu Ihrer Politik des überstürzten Kriegseintritts.

(Beifall bei der LINKEN)

Sie sagen, Sie wollen in Syrien Feuerwehr spielen. Doch in Ihrem Feuerwehrwagen sitzen Brandstifter, meine Damen und Herren.

(Henning Otte [CDU/CSU]: Eijejei!)

Dort sitzt das Terrorregime Saudi-Arabien, dort sitzen die Terrorunterstützer Katar und Türkei. Während Sie gemeinsam mit dem Terrorpaten Erdogan angeblich Krieg gegen den IS führen, lässt Erdogan die Kurden, die effektivste Kraft im Kampf gegen den IS, in Syrien bombardieren und den Chefredakteur der türkischen Tageszeitung *Cumhuriyet*, Can Dündar, inhaftieren. Wissen Sie, was Erdogan, Ihr Helfershelfer, dem Chefredakteur vorwirft? Er wirft ihm vor, dass er Fotos veröffentlicht hat, die die Waffenlieferungen der Türkei an die Terrororganisation IS zeigen. Während Sie in Zukunft mit Erdogan kooperieren, den Sie mit deutschen Steuergeldern großzügig unterstützen, läuft der gesamte Ölschmuggel des IS über die Türkei. Der Erdogan-Clan, seine ganze Familie, ist darin tief verwickelt.

(Thomas Hitschler [SPD]: Das heißt, man müsste etwas gegen diese Logistik der Öltransporte tun, oder?)

Und jetzt mehren sich auch noch die Berichte, dass Erdogan frische Waffen an den IS liefert. Sie können auf unsere Nachfrage hin nicht einmal ausschließen, dass die Waffen, die Sie fröhlich weiter an die Türkei liefern, von Erdogan an den IS weitergegeben werden.

(B)

Vizepräsidentin Petra Pau:

Frau Kollegin.

Sevim Dağdelen (DIE LINKE):

Das ist wirklich großer Irrsinn. Ich sage Ihnen deshalb: Wenn Sie den IS wirklich bekämpfen wollten, hätten Sie die Möglichkeiten dazu – nicht in einem völkerrechtswidrigen Angriffskrieg.

Vizepräsidentin Petra Pau:

Kollegin Dağdelen, Sie müssen zum Schluss kommen.

(Zuruf von der CDU/CSU: Das ist gut, Frau Präsidentin!)

Sevim Dağdelen (DIE LINKE):

Ich komme zum Schluss. – Vielmehr müssten Sie den Weg des Geldes, der Waffen und auch des Öles zum IS kappen.

Ich nenne einen letzten Punkt.

(Ingo Gädechens [CDU/CSU]: Nein!)

Vizepräsidentin Petra Pau:

Nein.

Sevim Dağdelen (DIE LINKE):

(C)

Aus der Erfahrung der beiden Weltkriege hatte Willy Brandt einst gefordert:

Vizepräsidentin Petra Pau:

Kollegin Dağdelen, es tut mir wirklich leid; aber Sie müssen einen Punkt setzen.

Sevim Dağdelen (DIE LINKE):

Gut. – Die Linke lehnt diesen Einsatz ab, weil von deutschem Boden kein Krieg ausgehen darf, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der LINKEN – Heike Hänsel [DIE LINKE]: Fortsetzung folgt!)

Vizepräsidentin Petra Pau:

Für die CDU/CSU-Fraktion hat der Kollege Henning Otte das Wort.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Henning Otte (CDU/CSU):

Frau Präsidentin, herzlichen Dank. – Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich möchte Ihre Interpretation des Völkerrechts mit aller Kraft zurückweisen, sehr geehrte Frau Kollegin Dağdelen. Sie interpretieren hier das Völkerrecht bewusst falsch, und Sie behaupten hier bewusst die Unwahrheit. Sie sagen den Menschen von diesem Pult aus nicht die Wahrheit, sondern Sie verunsichern die Menschen, und das ist einfach nur abzulehnen.

(D)

(Beifall bei der CDU/CSU – Heike Hänsel [DIE LINKE]: Wo denn, wo denn? Sagen Sie mal, was nicht stimmt!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, der internationale Terrorismus ist die größte Bedrohung für den Weltfrieden und auch für unsere Gesellschaftsordnung.

(Heike Hänsel [DIE LINKE]: Konkret mal!)

Die Terroristen töten rücksichtslos Menschen, sie bringen Leid über die Hinterbliebenen. Die Kinder müssen oft mit ansehen, wie ihre Väter getötet werden, wie ihre Mütter verschleppt, vergewaltigt, verkauft werden.

Meine Damen und Herren, als Deutscher Bundestag dürfen wir diese Grausamkeiten nicht dulden. Wir müssen ein Zeichen gegen diese Grausamkeiten setzen und dürfen nicht nur schlau darüber reden wie Sie von den Linken. Wir müssen diesen Terror zurückdrängen, nicht nur militärisch, aber auch mit militärischen Mitteln, wenn es notwendig ist. Und es ist notwendig, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU/CSU – Zuruf von der LINKEN: Haben Sie die anderen Mittel schon ausgeschöpft?)

Wir werden mit diplomatischen Mitteln arbeiten, eingearbeitet in einen Gesamtprozess für den Frieden. Aber wir müssen diesen Terror beenden.

Henning Otte

- (A) Der Frieden, meine Damen und Herren, ist das kostbarste Gut für die Menschen. Diesen Frieden wollen wir erhalten. Wir sind auch bereit, ihn zu verteidigen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Vizepräsidentin Petra Pau:

Kollege Otte, gestatten Sie eine Frage oder Bemerkung der Kollegin Hänsel?

Henning Otte (CDU/CSU):

Frau Präsidentin, herzlichen Dank, aber ich möchte meine Rede erst einmal im Zusammenhang vortragen. Vielleicht hilft es ja auch der Fraktion Die Linke, sich einmal mit Argumenten auseinanderzusetzen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU – Jörn Wunderlich [DIE LINKE]: Dann bringen Sie mal welche!)

Meine Damen und Herren, ich verweise auf die gesamte Bandbreite der Möglichkeiten, um gegen den IS-Terror vorzugehen: diplomatisch, humanitär, aber eben auch militärisch.

Wir diskutieren in dieser Woche, ob und wie wir gegen den IS-Terror militärisch vorgehen. Darüber wird aber nicht nur im Deutschen Bundestag diskutiert, sondern auch in unserer Gesellschaft. Das ist richtig, und das ist gut. Der vorliegende Antrag der Linken ist allerdings kein Beitrag zur Diskussion über den richtigen Weg: Er offenbart Realitätsferne, eine Verweigerungshaltung. Ich muss schon sagen: Den Menschen Sand in die Augen zu streuen und sie an der Nase herumzuführen, ist betrüblich und beschämend.

(B)

(Zuruf der Abg. Heike Hänsel [DIE LINKE])

Gutgläubigen Menschen von diesem Pult aus die Unwahrheit zu sagen, so wie die Linke das tut, ist unredlich. Das lassen wir nicht durchgehen.

Noch schlimmer ist es in der Außen- und Sicherheitspolitik. Ihre Geisteshaltung zeugt offensichtlich von zynischer Kaltherzigkeit. Sie sind bereit, Menschenleben auf dem Altar Ihrer Ideologie, Ihrer Parteiprogrammatik zu opfern.

(Jörn Wunderlich [DIE LINKE]: Das machen doch Sie! Das machen nicht wir!)

Das ist linke Arroganz, und das lassen wir Ihnen nicht durchgehen.

(Beifall bei der CDU/CSU – Wolfgang Gehrcke [DIE LINKE]: Sagen Sie endlich einmal ein Argument! Nach 5 Minuten Beschimpfung könnten Sie mal ein Argument bringen!)

Wir diskutieren in den Fachausschüssen sehr differenziert und ausführlich über den Beitrag, den Deutschland im Kampf gegen den IS-Terror leisten wird. Wir haben auch vor einem Jahr diese Diskussion geführt, als es darum ging, den kurdischen Kämpfern der Peschmerga im Kampf gegen den IS-Terror beizustehen, indem wir sie durch Ausrüstungshilfe und Ausbildung unterstützen. Sie

haben damals dagegen opponiert. Was wäre wohl aus den Menschen geworden, wenn wir Ihnen, den Linken, gefolgt wären? Es ist gut, dass wir den Menschen geholfen haben. Sprechen Sie mit den kurdischen Kämpfern vor Ort. (C)

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und der SPD – Wolfgang Gehrcke [DIE LINKE]: Mache ich mehr als Sie!)

Es ist gut, dass die Union Verantwortung trägt, und dass wir deutlich machen: Terror hat in unserer Gesellschaft keinen Platz. Die Kurden vor Ort sind bereit, tapfer und mutig gegen den IS-Terror zu kämpfen, sich entgegenzustellen, und zwar erfolgreich.

(Wolfgang Gehrcke [DIE LINKE]: Deshalb wurde die PKK verboten!)

Sindschar ist zurückerobert worden.

Das Wüten des IS-Terrors zeigt ein furchtbares Ergebnis: Mehr als 3 000 jesidische Männer sind getötet, 5 000 jesidische Frauen sind verschleppt worden. Man kann das Leid, das diesen Menschen angetan worden ist, nicht in Worte fassen. Diese Art des Terrors überzieht die ganze Region und gefährdet den Weltfrieden. Mit dem IS kann man nicht verhandeln, man kann ihn nur militärisch stoppen. Wir sagen den Menschen, die Opfer dieses Terrors sind, Hilfe in der Not zu, und zwar auch mit militärischen Mitteln.

(Beifall bei der CDU/CSU – Sevim Dağdelen [DIE LINKE]: Die Not kennt kein Gebot!)

Die Anschläge in Paris haben deutlich gemacht, dass ganz Europa gefährdet ist. Die Angriffe des IS richten sich gegen Andersdenkende und Andersgläubige, gegen die freiheitliche Demokratie und gegen unsere Weltordnung. Der IS schlägt überall dort zu, wo sich für ihn die Gelegenheit bietet, die freie Gesellschaft zu verunsichern. Der Terror richtet sich schlicht und einfach gegen die Gesellschaftsordnung, wie wir sie leben. Das bedeutet, dass wir mit Passivität die Sicherheit unseres Landes nicht gewährleisten können. Außenpolitische Zurückhaltung wird uns nicht weniger zu einem Anschlagziel machen. Ganz im Gegenteil: Wir müssen im Rahmen einer gemeinsamen Allianz alles unternehmen, um Frankreich beizustehen, um gegen den Terror vorzugehen, vor allem aber auch, um die Sicherheit Deutschlands und damit die Sicherheit unserer Bürgerinnen und Bürger zu stärken. (D)

Deutschland engagiert sich bereits im Kampf gegen den IS-Terror. Wir bilden die kurdischen Peschmerga im Norden Iraks aus. Wir helfen auch, indem wir sie mit Ausrüstung beliefern. Wir stärken regionale Akteure vor Ort und befähigen sie, gegen den IS-Terror zu kämpfen.

Wenn wir mit der Bundeswehr die Sicherheitskräfte anderer Staaten ausbilden, dann leisten wir einen Beitrag dazu, dass das Gewaltmonopol über das jeweilige Staatsgebiet wiederhergestellt wird. Das ist die beste Basis, um den Sumpf des Terrors auszutrocknen. Deswegen ist es richtig, dass wir morgen über einen weiteren Beitrag diskutieren und entscheiden werden. Dieser Beitrag wird eingebettet sein in ein Gesamtkonzept, nämlich dem Wiener Prozess. Wir stellen uns, eingebettet in eine Allianz

Henning Otte

- (A) von 64 Staaten, dem IS-Terror entgegen; vorbehaltlich des morgigen Beschlusses des Deutschen Bundestages.

Mir ist wichtig, zu sagen, dass es nicht darum geht, einen Angriffskrieg vorzubereiten, wie die Kollegin der Linken, Frau Dağdelen, es dargestellt hat. Deutschland entsendet eine Fregatte zum Schutz eines französischen Flugzeugträgers, wir entsenden eine Handvoll Tornados, die Aufnahmen machen und damit das Informationsbild bzw. das Lagebild verbessern können, und wir entsenden ein Tankflugzeug, um die Logistik und die Versorgung mit Betriebsstoffen sicherzustellen. Das ist ein fein abgestimmter und ausgewogener Beitrag zur Stärkung der gesamten Allianz gegen diesen Terror und nicht der Quatsch, den Sie hier behaupten, meine Damen und Herren von den Linken.

(Beifall bei der CDU/CSU – Wolfgang Gehrcke [DIE LINKE]: Und wann kommen die Argumente! Ich warte die ganze Zeit! Ich bin ja lernwillig!)

Meine Damen und Herren, der Antrag der Fraktion Die Linke setzt auf polizeiliche Methoden und auf Strafverfolgung im Kampf gegen diesen Terror. Die Sicherheitspolitik der Union basiert dagegen auf dem Prinzip der vernetzten Sicherheit,

(Wolfgang Gehrcke [DIE LINKE]: *Verletzte Sicherheit!*)

wie es vom früheren Verteidigungsminister Dr. Franz Josef Jung entwickelt worden ist: ressortübergreifend, humanitär, entwicklungspolitisch, aber eben auch militärisch, wenn es notwendig ist, und mithilfe der Nachrichtendienste, um eine maximale Informationsgewinnung zu erreichen.

- (B) Ich bin klar der Überzeugung, dass der IS nicht aufgehört wird, Menschen zu töten und Terroranschläge in Europa vorzubereiten, weil die Linken im Deutschen Bundestag den IS-Terroristen strafrechtliche Konsequenzen androhen wollen – gerade die Fraktion Die Linke, die ohnehin ein angespanntes Verhältnis zu Recht und Ordnung hat.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU – Jörn Wunderlich [DIE LINKE]: Das war jetzt grenzwertig, aber kein Argument!)

Vizepräsidentin Petra Pau:

Kollege Otte, gestatten Sie eine Frage oder Bemerkung des Kollegen Neu?

Henning Otte (CDU/CSU):

Nein, Frau Präsidentin, ich möchte die Argumente gerne weiter vortragen.

(Wolfgang Gehrcke [DIE LINKE]: Wann kommen die denn endlich? Ich bin lernwillig!)

Meine Damen und Herren, der IS kann nach meiner festen Überzeugung nur mit militärischen Mitteln gestoppt werden. Deutschland ist bereit, sich dieser Verantwortung zu stellen, zum Wohle der Sicherheit unseres Landes und zum Wohle der Sicherheit der friedlichen

Völkergemeinschaft. Wir wollen und werden Verantwortung in der Welt übernehmen; denn wir verschließen nicht die Augen vor dem Leid anderer Menschen. (C)

Ich zitiere den Theologen und Philosophen Georg Picht, der auch Mitglied der Deutschen Gesellschaft für Friedens- und Konfliktforschung war:

Wer die Verantwortung in der Welt bejaht, darf sich der Last, die sich daraus ergibt, nicht entziehen.

(Wolfgang Gehrcke [DIE LINKE]: Ja!)

Sie als Linke wollen sich dieser Last entziehen. Sie sagen: Wir verabscheuen die terroristischen Anschläge in Paris.

(Wolfgang Gehrcke [DIE LINKE]: Richtig!)

Sie sagen, Sie lehnen die Gewalt des IS ab;

(Wolfgang Gehrcke [DIE LINKE]: Richtig!)

aber Sie weigern sich, die Last zu tragen, diese Verantwortung zu übernehmen, allein um Ihrer angestaubten ideologischen Parteiprogrammatik gerecht zu werden. Das tun Sie auch, indem Sie Menschen verunsichern. Schlimm ist auch, dass Sie damit den Soldatinnen und Soldaten und deren Familien in den Rücken fallen. Das lassen wir als Union nicht zu.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU – Wolfgang Gehrcke [DIE LINKE]: Das hatten wir schon mal! Den Dolchstoß in der Heimat! Wohin das geführt hat, wissen Sie!)

Ich hoffe sehr, dass niemand von Ihnen in eine Notsituation gerät und dann erleben muss, dass ihm aus ideologischer Verblendung heraus nicht geholfen wird. Ich freue mich auch für Sie, aber vor allem für die Menschen, die in Not geraten sind, dass wir ihnen die notwendige Hilfe zukommen lassen und deswegen Ihren kurzsichtigen und, ich sage auch, kaltherzigen Antrag mit demokratischer Mehrheit ablehnen. (D)

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Vizepräsidentin Petra Pau:

Zu einer Kurzintervention hat der Kollege Neu das Wort.

Dr. Alexander S. Neu (DIE LINKE):

Kollege Otte, Sie haben jetzt sehr umfassend erklärt, warum militärische Maßnahmen erforderlich sind. Gestern Abend wurde in der *Tagesschau* darüber berichtet, dass die beiden Finanzminister Frankreichs und Deutschlands sich darauf verständigt hätten, im Rahmen der EU dafür Sorge zu tragen zu wollen, die Finanzströme des IS einzugrenzen bzw. einzuengen. Wieso kam man nach zwei Jahren IS-Tätigkeit erst gestern auf die Idee, die Finanzströme auszutrocknen? Ich meine, das ist doch nun wirklich eine einfache Aufgabe. Sie schicken Flugzeuge, es gibt einen Flugzeugträger etc. Das ist ein martialischer Aufmarsch; aber es gibt ganz einfache Maßnahmen, mit denen man den IS austrocknen kann. Warum werden die

Dr. Alexander S. Neu

- (A) zivilen, die politischen, die verwaltungstechnischen Mittel nicht angewandt?

Wie verhalten Sie sich zur Türkei? Es ist bekannt, dass die Türkei bis heute Tanklasten vom IS annimmt, dass über die türkisch-syrische Grenze jeden Tag Blutöl fließt. Wie gehen Sie mit der Türkei um? Sagen Sie das einmal. Auf diese Fragen möchten wir von Ihnen Antworten haben, bevor wir über militärische Mittel reden möchten.

Vizepräsidentin Petra Pau:

Sie haben das Wort zu einer Erwiderung.

Henning Otte (CDU/CSU):

Danke schön, Frau Präsidentin. – Sehr geehrter Herr Kollege Dr. Neu, nur weil Sie erst gestern in der *Tageschau* diese Informationen bekommen haben und es versäumt haben, einmal im Verteidigungsausschuss nachzufragen, heißt das nicht, dass diese Absprache erst seit gestern gilt.

(Zurufe von der LINKEN)

Ich sage auch deutlich: Dieser Auftrag im Kampf gegen den IS ist in ein Gesamtkonzept, in den Wiener Prozess, mit humanitären und mit diplomatischen Mitteln eingebettet. Aber es geht auch darum, die Strukturen des IS-Terrors und damit die Keimzelle des Terrors und gerade auch die Einnahmequellen, von denen Sie sprechen, zu zerstören, sodass technisch die Gewinnung von Öl und damit der Verkauf nicht mehr möglich sind. Das ist effektives Handeln. Nicht nur schlaue Reden, sondern handeln und Verantwortung tragen – das machen wir.

- (B)

(Beifall bei der CDU/CSU – Zuruf des Abg. Wolfgang Gehrcke [DIE LINKE])

Vizepräsidentin Petra Pau:

Wir fahren fort in der Debatte. – Das Wort hat die Kollegin Katja Keul für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.

Katja Keul (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Lieber Kollege Otte, ich glaube, etwas komplexer als Ihre vereinfachte Sicht der Dinge ist es schon. Aber wahrscheinlich lässt es sich damit etwas einfacher leben.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der LINKEN – Henning Otte [CDU/CSU]: Haben Sie nicht zugehört?)

Zum Antrag der Linken. Ihr Antrag wirft eine gute und berechtigte Frage auf, zieht dann aber am Ende die falschen Schlussfolgerungen, wenn es um Artikel 42 Lissabon-Vertrag geht.

(Zuruf der Abg. Sevim Dağdelen [DIE LINKE])

Die berechtigte Frage lautet: Lassen sich Terroristen mit Militäreinsätzen und Krieg bekämpfen? Die Attentäter von Paris haben ein furchtbares Verbrechen begangen.

Sie waren französische und belgische Staatsbürger, sind bei uns in Europa aufgewachsen und haben sich hier bei uns radikalisiert. Dringende Hilfeleistungen für Frankreich sind vor allem ein besserer Austausch von polizeilichen Informationen, Zusammenarbeit bei der Prävention, aber auch bei der Kontrolle der EU-Außengrenzen. (C)

Was Terroristen mit Sicherheit nicht abschrecken wird, ist die Bombardierung von Syrien, im Gegenteil. Es ist genau das, was der IS erreichen wollte: den verhassten Westen in einen Krieg hineinziehen, den er nicht gewinnen kann. Die Bomben werden dem IS weiteren Zulauf sichern, sie werden die Heimat der Syrer weiter zerstören, aber sie werden das Problem nicht lösen. Der IS kann sich überall dorthin zurückziehen, wo Militäreinsätze staatliche Strukturen zerstört und rechtsfreie Räume hinterlassen haben, wie es in Libyen längst der Fall ist. Damit dürfte klar sein: Der IS kann militärisch nicht besiegt werden.

Jetzt kommen wir zu der nächsten Frage: Dürfen wir überhaupt militärisch reagieren, oder sind wir gar dazu verpflichtet, und was hat Artikel 42 Lissabon-Vertrag damit zu tun? Artikel 42 Lissabon-Vertrag spricht zunächst einmal von einem „bewaffneten Angriff“. Ich denke schon, dass man das Attentat von Paris als bewaffneten Angriff bezeichnen kann. Frankreich ist getroffen, und wir schulden unseren Freunden und Nachbarn unsere Solidarität und alle in unserer Macht stehende Hilfe und Unterstützung. Daran habe ich keinen Zweifel.

Artikel 42 enthält aber noch eine Einschränkung: Alle Maßnahmen müssen im Einklang mit Artikel 51 der UN-Charta stehen. Das versteht sich eigentlich von selbst: Maßnahmen, die der UN-Charta widersprechen, können nicht geschuldet sein. Was also sind die Grenzen der Selbstverteidigung nach Artikel 51? Nach dem Notwehrprinzip darf sich ein Staat gegen einen gegenwärtigen oder unmittelbar bevorstehenden Angriff zur Wehr setzen. Ein allgemeines präventives Staatsnotwehrrecht, wie es die USA für sich seit 15 Jahren als War on Terror reklamieren, gibt es im Völkerrecht nicht. (D)

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das hat sogar der eigene Supreme Court so gesehen.

Das bedeutet, dass man einen Terroranschlag im eigenen Land nicht ohne Weiteres als andauernden gegenwärtigen Angriff qualifizieren kann, und wenn, dann stellt sich die Frage, ob dieser Angriff einem anderen Staat zugerechnet werden kann. Es dürfte auf der Hand liegen, dass wir den IS nicht als Staat anerkennen wollen und dass die Bombardierung ohne Einwilligung des Regimes die staatliche Souveränität Syriens verletzt. Dem syrischen Regime können die Angriffe von Paris aber eindeutig nicht zugerechnet werden. Auch die hoch umstrittene Hilfskonstruktion des Safe Harbor, auf die man nach 9/11 zurückgegriffen hat, kommt hier nicht in Betracht, da das syrische Regime dem IS keinesfalls Zuflucht bietet, sondern diesen vielmehr selbst bekämpft. Man kann es drehen und wenden wie man will: Die Bombardierung Syriens ohne Einwilligung des Regimes und

Katja Keul

- (A) ohne Autorisierung nach Kapitel VII der UN-Charta ist und bleibt völkerrechtswidrig.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der LINKEN – Henning Otte [CDU/CSU]: Fragen Sie doch Herrn Assad!)

Daran kann auch der Lissabon-Vertrag nichts ändern. Als Vertrag zwischen EU-Mitgliedern kann er selbstverständlich keine Gewaltanwendung zulasten Dritter legitimieren. Eine völkerrechtswidrige Handlung kann auch nach Artikel 42 Lissabon-Vertrag gar nicht geschuldet sein. Nicht einmal die Bundesregierung behauptet, Artikel 42 sei Grundlage für einen Militäreinsatz. Sie erwähnt diesen Artikel zwar hier und da, um etwas Verwirrung zu stiften

(Lachen des Abg. Niels Annen [SPD])

und darüber hinwegzutäuschen, dass ihre Berufung auf Artikel 51 UN-Charta nicht wirklich trägt. Am Ende bleibt es aber genau dabei, dass sie sich als Grundlage für den Militäreinsatz einzig und allein auf das Notwehrrecht beruft.

Ich bedaure allerdings schon, dass der linke Mythos von der Militarisierung der EU im Lissabon-Vertrag durch die Argumentation der Bundesregierung Auftrieb erhält. Wer aber noch bereit ist, genau hinzusehen, wird erkennen: Es bleibt ein Mythos. Die EU ist kein Militärbündnis,

(Wolfgang Gehrcke [DIE LINKE]: Wird sie aber noch werden!)

- (B) und Artikel 42 Absatz 7 Lissabon-Vertrag ist nicht die Ausrufung des Bündnisfalles.

(Wolfgang Gehrcke [DIE LINKE]: Ja!)

Der Beschluss vom 17. November 2015 ist eine symbolisch starke Geste, die den politischen Willen zur Unterstützung Frankreichs ausdrückt. Dieser Beschluss ist völlig berechtigt, und er sollte keineswegs zurückgenommen werden.

Vielen Dank.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Wolfgang Gehrcke [DIE LINKE]: Den Schluss habe ich nicht verstanden! Das habe ich wirklich nicht verstanden!)

Vizepräsidentin Petra Pau:

Das Wort hat der Kollege Thomas Hitschler für die SPD-Fraktion.

(Beifall bei der SPD)

Thomas Hitschler (SPD):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Zur rechtlichen Diskussion empfehle ich das aktuelle Gutachten des Wissenschaftlichen Dienstes des Bundestages, das zu einem relativ klaren Urteil kommt, nämlich zu dem Urteil, dass die Verfahrens- und Vorge-

hensweise der Bundesregierung juristisch absolut rechtmäßig und korrekt ist. (C)

(Anita Schäfer [Saalstadt] [CDU/CSU]: Richtig! Sehr gut!)

Ich möchte an dieser Stelle ein Stück weit auf die politische Argumentation eingehen. Gestatten Sie, dass ich mit einem kleinen Lob an die Linksfraktion beginne.

(Wolfgang Gehrcke [DIE LINKE]: Das höre ich gerne!)

Sie greifen in Ihrer Antragsbegründung einige durchaus sinnvolle Einzelmaßnahmen auf: Sie wollen, dass Deutschland diplomatisch auf die Türkei einwirkt. Sie finden, die Finanzierung des IS müsse geschwächt werden. Sie mahnen stärkere soziale Präventionsmaßnahmen an. Das alles können sinnvolle Einzelmaßnahmen sein.

(Heike Hänsel [DIE LINKE]: Ja, genau! Und was machen Sie?)

Sie verpuffen aber, wenn sie nicht in ein Gesamtkonzept eingearbeitet werden.

(Heike Hänsel [DIE LINKE]: Wo ist denn Ihr Gesamtkonzept?)

Dabei nennen Sie einen entscheidenden Punkt leider nicht. Es ist doch unbestritten: Der IS ist mit militärischen Mitteln allein nicht zu besiegen. Gerade deshalb braucht es ein umfassendes und international abgestimmtes Maßnahmenpaket. Deutschland arbeitet bereits genau daran, speziell unser Außenminister Frank-Walter Steinmeier, im Rahmen der Syrien-Kontaktgruppe gemeinsam mit 16 anderen Staaten – erst vor zwei Wochen wurde auf dem Syrien-Gipfel in Wien ein Zeitplan für eine Übergangsregierung und für Wahlen in Syrien verabschiedet – und im Rahmen der internationalen Koalition gemeinsam mit 63 anderen Staaten. Die Unterbrechung der Finanzströme und des Zulaufs ausländischer Kämpfer, eine Kommunikationsstrategie und die Stabilisierung der Region stehen dort schon längst auf der Tagesordnung, liebe Kolleginnen und Kollegen. (D)

Aber die bittere Wahrheit ist auch: Ohne militärische Mittel ist der IS auch nicht zu besiegen. Genau diese wollen Sie aber ausschließen. Sie kritisieren lauthals die Luftangriffe gegen den selbsternannten „Islamischen Staat“. Aber wissen Sie was? Kobane wäre ohne die Luftschläge der USA und ohne die militärische Unterstützung der Peschmerga heute noch in den Händen der Dschihadisten.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Heike Hänsel [DIE LINKE]: Ach ja?)

Haben Sie die fürchterlichen Verbrechen, die in der Region Tag für Tag geschehen, etwa schon vergessen? Die Pappschildsolidarität auf Facebook hilft vielleicht dem eigenen Gewissen, aber ganz bestimmt nicht den Menschen, die unter der Barbarei des sogenannten „Islamischen Staats“ leiden.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Thomas Hitschler

- (A) An anderer Stelle argumentierten Sie, dass eine deutsche Beteiligung in Syrien die Terrorgefahr in unserem Land erhöhen würde. Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir sind längst im Fadenkreuz der Dschihadisten. Das Freundschaftsspiel zwischen Frankreich und Deutschland war ein ganz bewusst gewähltes Ziel der Terroranschläge von Paris. Seit Monaten gibt es Drohvideos gegen Deutschland im Internet.

Vizepräsidentin Petra Pau:

Kollege Hitschler, es gibt gleich zwei Wünsche nach einer Frage oder Bemerkung. Als Erste hat sich die Kollegin Dağdelen gemeldet, dann noch der Kollege Ströbele.

Thomas Hitschler (SPD):

Ich würde sie gerne zum Ende beantworten, also nach der Rede.

Vizepräsidentin Petra Pau:

Nach der Rede, das wird nichts. Nach der Rede haben Sie dann maximal die Möglichkeit, auf eine Kurzintervention zu reagieren.

Thomas Hitschler (SPD):

Ich denke, ich werde das im Laufe der Rede beantworten.

Vizepräsidentin Petra Pau:

- (B) Gut. – Im Moment lassen Sie das also nicht zu. Dann sehen wir einmal, wie sich das entwickelt. Ich lasse die Uhr jetzt weiterlaufen.

Thomas Hitschler (SPD):

Das ist nett; vielen Dank. – Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich komme zu meiner Argumentation zurück. Ich sage: Wir werden bereits angegriffen, unsere Partner, unsere Staatsbürger, unsere Art zu leben, und unsere gemeinsamen Werte. Da müssen wir wachsam sein. Die Dschihadisten werden uns nicht verschonen, nur weil wir sie in Ruhe lassen. Sie bekämpfen nicht nur ihre militärischen Gegner, sie bekämpfen alles, was nicht ihrem kruden Weltbild entspricht.

Der Einsatz militärischer Mittel darf dabei aber kein blinder Aktionismus sein. Dafür braucht es immer gute Gründe, und ich meine, die gibt es in diesem Fall.

Der IS hält große Teile Syriens und des Irak in Geiselschaft. Das neue Pseudokalifat ist sein Propagandakern und maßgeblich für die Rekrutierung und Ausbildung neuer Terroristen. Es ist Rückzugsraum, ein zentraler Bestandteil und Baustein im Wirtschaftssystem des IS und die Basis seiner militärischen Operationen und seiner Raubzüge. Hier ist der IS angreifbar. Hier kann man sein militärisches Potenzial schwächen.

Wer militärische Einsätze aber ausschließt, der schließt auch aus, dem IS dieses Potenzial und diese Basis zu nehmen, der lässt zu, dass der IS weiter Steuern eintreiben kann, dass er über Ölquellen verfügt, dass er einen geschützten Raum hat, in dem sich seine Kämpfer regenerieren können, und der lässt zu, dass die Bevölke-

rung in diesem Gebiet weiter unter der Terrorherrschaft und unter der Unrechtsjustiz leidet. (C)

Solange der IS weite Teile des syrischen und des irakischen Staatsgebiets kontrolliert, ist ein politischer Frieden in dieser Region nicht zu erreichen. Wo Entwicklungshelfer gezielt exekutiert werden, ist Entwicklungshilfe ohne militärischen Schutz kaum zu verantworten.

Ich sehe auch keine Möglichkeit, wie man mit dem IS diplomatisch umgehen könnte. Wären es „nur“ Islamisten mit lokaler Agenda, dann könnte man sie ja vielleicht noch mit Biegen und Brechen irgendwie in Verhandlungen einbeziehen. Aber bei Dschihadisten mit dem Ziel eines Weltkalifats kann ich keinerlei Verhandlungsmasse ausmachen. Ohne Militär ist dieser IS nicht zu besiegen.

Dazu braucht es eine international abgestimmte, militärische und politische Strategie. Es braucht eine Exit-Strategie, und es braucht ein Konzept dafür, wie es in Syrien und im Irak weitergehen soll. Genau daran arbeiten wir.

In Bezug auf die militärische Strategie halte ich drei weitere Punkte für grundsätzlich notwendig:

Erstens. Ein Kampf aus der Luft allein wird nicht ausreichen. Damit kann man zwar die Expansion des IS aufhalten, aber am Ende brauchen wir verbündete Strukturen am Boden.

Zweitens. Das können aber keine westlichen Bodentruppen sein. Sobald der Westen als Besatzer wahrgenommen wird, spielt das nur der IS-Propaganda in die Hände. Wir brauchen arabisch-sunnitische Verbündete. (D)

Drittens. Das darf nicht Assad sein. Für eine langfristige politische Lösung müssen auch gemäßigte Pro-Assad-Kräfte an den Tisch geholt werden. Aber an der Seite Assads zu kämpfen, wäre ein Verrat an der syrischen Bevölkerung.

(Wolfgang Gehrcke [DIE LINKE]: Also Saudi-Arabien, oder was?)

Deutschland kann einen sinnvollen militärischen Beitrag leisten. Nicht viele Staaten besitzen die Fähigkeit, die wir mit unseren Tornados anbieten. Das ist ein sinnvoller Beitrag zur Aufklärung, ein Beitrag, der dabei helfen kann, Ziele in diesem Bereich zu identifizieren.

Kolleginnen und Kollegen, wir müssen diesen Verbrechern das Handwerk legen. Das erklärte Ziel muss sein: Jeder IS-Kämpfer gehört vor Gericht. Mit der Erreichung dieses Ziels würden wir auch unserer moralischen Verantwortung gerecht werden. Das unterscheidet uns nämlich auch von diesen IS-Schlächtern, und das sollten wir auch deutlich betonen.

Ihr Antrag lautet „Keine militärische Antwort auf Terror“.

(Wolfgang Gehrcke [DIE LINKE]: Ja!)

Ehrlicherweise hätten Sie ihn gleich „Keine Antwort auf Terror“ nennen können.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

Thomas Hitschler

- (A) Das kann keine Lösung sein. Deshalb kann ich nur empfehlen, diesen Antrag abzulehnen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

Vizepräsidentin Petra Pau:

Zu einer Kurzintervention hat der Kollege Ströbele das Wort.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Herr Kollege Hitschler, Sie haben vorhin keine Zwischenfrage zugelassen, aber jetzt klappt es ja mit einer Kurzintervention, und Sie können sich dann ja auch dazu äußern.

Auch ich fange mit einem Lob an, mit einem Lob für Sie. Sie haben einiges gesagt, was gut und richtig ist, zum Beispiel, dass die IS-Kämpfer – vor allen Dingen die, die diese Gräueltaten in Syrien und im Irak begehen, nicht nur die, die das ausführen, sondern auch diejenigen, die das anordnen; alle, die irgendwelche Verantwortung dafür tragen – vor Gericht gehören. Darin sind wir uns völlig einig. Sie haben auch recht, dass es Notwehrsituationen gibt – beispielsweise für die Kurden dort –, in denen man auch Gewalt anwenden muss.

- (B) Bei Folgendem haben Sie aber nicht recht – und dazu haben Sie auch überhaupt nichts gesagt –: Schon jetzt erfolgen Angriffe auf Städte und Dörfer mit über 200 Flugzeugen. Hinzu kommen noch die Russen mit 30 bis 35 Flugzeugen und bald vielleicht auch 3 deutsche Flugzeuge. Wieso soll das die Gräueltaten, die dort passieren, verhindern?

Ist ihre Zahl geringer geworden? Es ist ja nicht so, dass diese Geschichte neu ist und erst morgen beginnt, sondern sie läuft seit Monaten, wenn nicht seit Jahren, im Irak schon sehr viel länger. Haben diese Bombardements diese Gräueltaten verhindert, oder ist nicht eher das Gegenteil der Fall?

Haben Sie sich einmal um die Ziele gekümmert, die dabei getroffen werden? Jeden Tag sind 250 Flugzeuge mit mehreren Einsätzen unterwegs. Die finden gar keine Ziele mehr. Sie kommen zum Teil mit den Bomben wieder zurück, weil sie diese gar nicht losgeworden sind. Die Flugzeuge bombardieren jetzt immer mehr auch zivile Ziele, etwa Krankenhäuser. Da können Sie doch nicht sagen: Zur Verhinderung der Gräueltaten, der vielen Toten und Verletzten müssen diese Flugzeuge eingesetzt werden. – Das ist einfach kontraproduktiv, ganz abgesehen davon, dass die Bilder von den Luftangriffen sowohl in der Bevölkerung vor Ort als auch in der Bevölkerung Iraks, sowohl in den Nachbarstaaten als auch hier in Deutschland bzw. in Europa zur Rekrutierung neuer IS-Kämpfer führen.

Auch das haben wir heute wieder gehört: Die Attentäter von Paris und auch vorherige Attentäter kamen aus Europa, auch aus Deutschland und den Nachbarländern. Hier hat sich ihr Hass angesammelt, hier haben sie ihren Entschluss gefasst und die Tat geplant, und zwar von hier

aus. Sie kommen gegen diese Hasswelle und gegen diese Gräueltaten nicht dadurch an, dass Sie dort aus der Luft bombardieren. (C)

(Florian Hahn [CDU/CSU]: Er hat mehr Redezeit als ein normaler Redner!)

Das ist immer mit sogenannten Kollateralschäden verbunden, also mit zusätzlichen Verlusten in der Bevölkerung.

Vizepräsidentin Petra Pau:

Sie haben das Wort zur Erwiderung.

(Ingo Gädechens [CDU/CSU]: In gleicher Länge antworten, und die Rede am besten noch mal vorlesen!)

Thomas Hitschler (SPD):

Nein, ich werde nicht in der gleichen Länge antworten. – Aber ich beginne erst einmal damit: Lieber Kollege Ströbele, vielen Dank für das Lob. Das nehme ich gerne zur Kenntnis. Ich will aber mit zwei Argumenten ein Stück weit gegenhalten.

Erstens. Sie fragen: Welche Ziele kann man angreifen? Und was wäre sinnvoll? Wir haben gerade, vor drei Wochen, gesehen, dass Flugzeuge der Koalition über 200 Öllaster, glaube ich, angegriffen haben, die genau auf dem Weg unterwegs waren, den Sie vorhin kritisch angesprochen haben. Ich glaube, dass man mit diesen Luftangriffen die logistische Unterstützung des sogenannten „Islamischen Staates“ schwächen kann, und ich glaube ferner, dass wir das in den letzten Wochen gesehen haben. (D)

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

Zweitens. Sie fragen, lieber Herr Ströbele: Was genau können wir gegen diese Attentäter tun, gegen die Foreign Fighters, die wieder zurückkommen? Genau das ist das entscheidende Argument, das Sie nicht sehen wollen: Diese Menschen waren in Syrien, wurden dort ausgebildet und haben kämpfen gelernt. In einer perfiden Terrorkette wurden sie zu Kämpfern gemacht. Ich glaube, dass wir genau gegen diese Ausbildungslager militärisch angehen können.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

Gestatten Sie, dass ich mir jetzt doch noch eine Sekunde mehr Redezeit nehme. – Sie haben gerade die Argumentation dafür genannt, warum deutsche Aufklärer hier gut eingesetzt werden können: Diese Tornados können im Tiefflug relativ flexibel Ziele ausmachen. Daher sind sie in diesem Einsatz notwendig. Dabei haben wir nämlich die Chance, die Kollateralschäden, wie Sie sie genannt haben, zu minimieren.

(Heike Hänsel [DIE LINKE]: Das glauben Sie doch wohl selber nicht!)

Unterhalten Sie sich mit militärischen Experten! Diese werden Ihnen sagen, dass genau das der Fall ist, liebe Kolleginnen und Kollegen. Denken Sie deshalb einmal

Thomas Hitschler

- (A) darüber nach, ob Sie nicht morgen dem Mandat der Bundesregierung aus genau diesem Grund zustimmen.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU –
Widerspruch bei Abgeordneten der LINKEN)

Vizepräsidentin Petra Pau:

Das Wort hat der Kollege Volker Mosblech für die CDU/CSU-Fraktion.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Volker Mosblech (CDU/CSU):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die terroristischen Angriffe des 13. November 2015 erfordern ein entschlossenes und gemeinsames Vorgehen gegen den sogenannten „Islamischen Staat“. Die EU-Beistandsklausel nach Artikel 42 Absatz 7 EU-Vertrag umfasst eine Rechtspflicht zur Hilfe der Mitgliedstaaten. In Verbindung mit Artikel 51 der Charta der Vereinten Nationen ergibt sich eine Rechtsgrundlage für das militärische Eingreifen in Drittstaaten, das sogenannte Selbstverteidigungsrecht.

- (B) Die völkerrechtliche Frage lautet hier, inwieweit eine nichtstaatliche Terrorgruppe im Rahmen des Selbstverteidigungsrechtes in einem fremden Land angegriffen werden darf. Einerseits kann dies auf Ersuchen des betreffenden Staates geschehen, wie dies beim Irak der Fall ist. Andererseits wird in der Völkerrechtslehre der Ansatz vertreten, dass ein Staat auf seinem Gebiet militärische Maßnahmen erdulden muss, wenn er weder willens noch in der Lage ist, terroristische Gruppen in seinem eigenen Staatsgebiet zu bekämpfen, wie dies in Syrien der Fall ist.

Der IS stellt eine globale Bedrohung für Frieden und Sicherheit dar. Dies zeigt sich nicht zuletzt durch die Serie der jüngsten Anschläge in Paris, Beirut, Ankara oder auf dem Sinai. Schon der Anschlag auf das Satiremagazin *Charlie Hebdo* Anfang dieses Jahres in Paris hat uns deutlich vor Augen geführt, dass speziell unsere freiheitliche Werteordnung angegriffen wird. Der IS hat Frankreich, Deutschland, Europa, die Vereinigten Staaten, sprich: die gesamte westliche Welt, zu seinem Feind erklärt.

Die jüngsten Anschläge in Paris haben die vorherrschende Bedrohungslage noch einmal sehr deutlich gemacht. Die Bedrohung Frankreichs ist in diesem Falle die Bedrohung Deutschlands und Europas. Aus diesem Grunde stehen wir entschlossen an der Seite Frankreichs und unserer internationalen Verbündeten;

(Beifall bei der CDU/CSU)

denn auch wir tragen die Verantwortung dafür, dass der IS sich nicht noch weiter in Syrien ausbreitet. Wir müssen dem IS die Fähigkeit nehmen, den weltweiten Terror aus dieser Region heraus zu steuern. Syrien darf für Terroristen kein Rückzugsort sein.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Unser Engagement in der Allianz gegen den IS beginnt ja nicht erst heute. Wir sind bereits seit über einem Jahr Teil dieser Allianz gegen den Terror. Wir haben vor mehr als einem Jahr begonnen, im Nordirak Verantwortung zu übernehmen, indem wir die kurdischen Peschmerga-Kämpfer mit Waffen ausrüsten und ausbilden. Dadurch können sie für ihre Freiheit, für ihre eigenen Familien und für ihre Heimat kämpfen. Den Peschmerga ist es gelungen, den IS zurückzudrängen und kurdische Gebiete zurückzuerobern wie die strategisch wichtige Stadt Sindschar.

Diese Ausbildungsmission der Bundeswehr mit weiteren europäischen Partnern ist bis hierhin – und das muss man einmal deutlich sagen – ein Erfolg. Dies müssen wir als Vorbild für das gesamte Gebiet nehmen, in dem der IS aktiv ist. Unser Ziel lautet, den IS zurückzudrängen, damit die Menschen in dieser Region wieder eine Perspektive haben und dort ein friedliches Leben möglich ist.

Damit dieses friedliche Leben möglich wird, muss die militärische Beteiligung durch einen politischen Dialog mit allen Akteuren begleitet werden. Dieser Dialog sollte mit dem Ziel des Wiederaufbaus und der Versöhnung geführt werden. Deshalb werte ich es als einen großen Erfolg, dass sich nun alle relevanten Akteure in Wien austauschen.

Es ist unsere Pflicht, unseren französischen Freunden beizustehen. Zugleich treten wir mit dem Einsatz bewaffneter deutscher Streitkräfte zur Unterbindung terroristischer Aktivitäten ebenso entschlossen für unsere eigene Sicherheit und die der übrigen freiheitlichen Welt ein.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie des Abg.
Niels Annen [SPD])

Wir nehmen damit unsere Verantwortung im Rahmen einer breiten Mehrheit der Staatengemeinschaft wahr. Genau für Missionen wie diese wurden die EU-Beistandsklausel nach Artikel 42 Absatz 7 EU-Vertrag sowie der Artikel 51 der Charta der Vereinten Nationen durch die internationale Gemeinschaft entwickelt. Auf diese beiden Artikel gründen wir unser Recht, unsere freiheitliche und demokratische Grundordnung verteidigen zu dürfen. Es versteht sich von selbst, dass wir unsere Freunde und Partner bei deren Selbstverteidigung unterstützen.

Aus diesem Grund werde ich morgen dem Antrag der Bundesregierung zum Einsatz bewaffneter deutscher Streitkräfte zur Verhütung und Unterbindung terroristischer Handlungen durch die Terrororganisation IS zustimmen. Gleichzeitig bitte ich Sie heute, den Antrag der Fraktion Die Linke abzulehnen. Ich bin davon überzeugt, dass wir den IS nicht allein durch die rechtsstaatlichen Mittel der Strafverfolgung besiegen können.

Wir wünschen den Soldatinnen und Soldaten viel Glück im Einsatz gegen den internationalen Terrorismus, den der Deutsche Bundestag in dieser Woche beschließen wird. Unsere Einsatzkräfte leisten damit einen wichtigen Beitrag an der Seite Frankreichs und unserer Partner.

Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

(A) Vizepräsidentin Petra Pau:

Kollege Mosblech, Sie sind am 20. Juli dieses Jahres in den Deutschen Bundestag eingetreten und haben gerade eben Ihre erste Rede im Deutschen Bundestag gehalten.

(Beifall)

Kollege Mosblech, dabei ist Ihnen etwas gelungen, was den wenigsten neu eintretenden Abgeordneten bei ihrer ersten Rede gelingt: Sie sind nicht nur in der verabredeten Redezeit geblieben, sondern sogar darunter. Ich wünsche Ihnen im Namen des gesamten Hauses eine erfolgreiche Arbeit im Deutschen Bundestag.

(Beifall)

Das Wort hat der Kollege Josip Juratovic für die SPD-Fraktion.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Josip Juratovic (SPD):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Der Antrag der Linken stellt die Situation dar, als sei der Einsatz der Bundeswehr in Syrien ausschließlich eine Antwort auf den Terror in Paris und das einzige Mittel, das wir im Syrien-Konflikt zum Einsatz bringen. Aber, meine Damen und Herren, die Antworten auf politische Fragen sind selten eindeutig. Politische Lösungen sind selten schwarz oder weiß, sondern erscheinen meistens in Grautönen. Das gilt besonders für Entscheidungen über Militäreinsätze.

(B) Der Einsatz der Bundeswehr in Syrien ist mehr als Terrorabwehr und findet zu einem Zeitpunkt statt, zu dem viele Akteure mit ausschließlich eigenen Interessen teilweise gegeneinander in Syrien verstrickt sind. Deshalb ist es wichtig, dass gemeinsames internationales Handeln die nationalen Interessen in geordnete Bahnen lenkt. Der Einsatz der Bundeswehr ist ein europapolitisches Zeichen. In Zeiten eines schwachen Europas lassen sich Frankreich und Deutschland, die Hauptsäulen der Europäischen Union, nicht trennen. Unser Engagement ist auch ein Weg, überhaupt Einfluss auf den weiteren Fortgang zu haben. Nur so können wir außenpolitisch mäßigend mitwirken.

Dementsprechend ist unser wichtigster außenpolitischer Beitrag rund um die Frage Syrien der Wiener Prozess. Unserem Außenminister Steinmeier ist gelungen, was von außen einfach erscheinen mag, aber sehr viel diplomatisches Feingefühl und Ausdauer erfordert.

(Beifall bei der SPD)

Er hat alle im Syrien-Konflikt relevanten Akteure an einem Tisch versammelt. Beim Treffen in Wien sind 18 Staaten und die EU zusammengekommen, um Antworten auf die Frage zu finden, wie der Gewalt so schnell wie möglich ein Ende gesetzt werden kann. Dieser Prozess steht leider erst am Anfang, und wir brauchen einen langen Atem.

Zusätzlich zur Arbeit auf dem diplomatischen Parkett engagieren wir uns mit strukturbildender Übergangshilfe, Mitteln zur Krisenbewältigung und humanitärer Hilfe. Auch diese Maßnahmen gehören zum Gesamtbild.

Kolleginnen und Kollegen, alles, was wir im Dialog lösen können, erfordert keine Waffen. Allerdings: Ohne Waffen geht es auch nicht immer. Aus Erfahrung weiß ich eines: Die Dämonen dieser Welt sind nicht mit Dialog und gutem Zureden aufzuhalten. Deswegen ist Militär leider oft notwendig, um politische Lösungen zu ermöglichen. **(C)**

Letztendlich hat niemand die Weisheit gepachtet. Historisch gibt es Beispiele für gelungene militärische Missionen, wie auch leider für misslungene. Ich möchte zu bedenken geben, dass es sich niemand in diesem Haus mit seiner anstehenden Entscheidung leicht macht.

Kolleginnen und Kollegen, Syrien kann heute mit Bosnien und Herzegowina während der Balkankriege verglichen werden. Ich frage: Muss nun auch noch ein zweites Srebrenica geschehen, ehe wir unser „Punkt und Komma“ richtig setzen?

Zu bedenken ist dabei auch das Leid der Flüchtlinge. Viele Menschen sind Geiseln des Terrors in Syrien, besonders die Ärmsten der Armen, die nicht das Geld hatten, das Land zu verlassen. Wollen wir sie ihrem Schicksal überlassen? Denken wir auch an die Vergessenen?

(Katja Keul [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:
Das sagt doch gar keiner!)

Ich will hoffen, dass unser Beitrag dem Frieden und der Zukunft dieser Menschen dient. Dafür wollen wir unseren Soldatinnen und Soldaten, die unsere politische Entscheidung würdig in die Tat umsetzen müssen, einen klaren Auftrag mitgeben.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU) **(D)**

Kolleginnen und Kollegen, als Integrationsbeauftragter meiner Fraktion sage ich: Natürlich werden wir Terrorismus nicht allein mit militärischen Mitteln besiegen können. Terrorismus ist Folge der geistigen Brandstiftung auch in unseren Gesellschaften. Die Brandstiftung beginnt mit der „Ja, aber“-Propaganda der Radikalen und endet mit brennenden Häusern oder Bomben. Deshalb ist es besonders wichtig: Wir müssen Rattenfängern, ob Faschisten oder Salafisten, früh und entschlossen entgegenreten.

Diese Menschen sind keine Patrioten und erst recht keine Gläubigen. Sie sind einfach Kriminelle, die Patriotismus oder den Glauben für ihre Zwecke missbrauchen. Aber um zu verhindern, dass sich Menschen den radikalen Predigern anschließen, ist es wichtig, auch mit unserer eigenen Sprache sensibel umzugehen. Unsere Worte können verletzen. Unsere Worte können zu gegenseitigem Misstrauen und zu Schweigen führen, zu Abschottung und im schlimmsten Fall zu Radikalisierung. Deswegen müssen wir im Dialog bleiben, Empathie entwickeln und gemeinsam die geistigen Grundlagen des Terrors bekämpfen, und zwar als Bündnis der Vernünftigen aus allen Parteien, allen Nationen und allen Glaubensgemeinschaften.

Danke schön für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

(A) Vizepräsidentin Claudia Roth:

Vielen Dank, lieber Kollege. – Einen schönen Tag Ihnen und den Gästen auf der Tribüne!

Ich schließe die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag der Fraktion Die Linke auf Drucksache 18/6874 mit dem Titel „Keine militärische Antwort auf Terror“. Wer stimmt für diesen Antrag? – Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich? – Der Antrag ist abgelehnt bei Zustimmung der Linken und Gegenstimmen von CDU/CSU, SPD und Bündnis 90/Die Grünen.

Ich rufe den Tagesordnungspunkt 10 auf:

Beratung des Antrags der Bundesregierung

Fortsetzung der Beteiligung bewaffneter deutscher Streitkräfte am NATO-geführten Einsatz Resolute Support für die Ausbildung, Beratung und Unterstützung der afghanischen nationalen Verteidigungs- und Sicherheitskräfte in Afghanistan

Drucksache 18/6743

Überweisungsvorschlag:
Auswärtiger Ausschuss (f)
Ausschuss für Recht und Verbraucherschutz
Verteidigungsausschuss
Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe
Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung
Haushaltsausschuss gemäß § 96 der GO

(B) 38 Minuten für die Aussprache vorgesehen. – Ich höre und sehe keinen Widerspruch. Dann ist das so beschlossen.

Ich eröffne die Aussprache. Das Wort hat der Kollege Wolfgang Hellmich für die SPD.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

Wolfgang Hellmich (SPD):

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Es ist eine notwendige und richtige Entscheidung, das Mandat für Afghanistan fortzusetzen. Unsere klaren Worte an den afghanischen Präsidenten, der gerade in Berlin weilt, lauten im Zusammenhang mit der Entscheidung für die Verlängerung dieses Mandats, dass wir Afghanistan weiterhin helfen werden, dass wir an der Seite des afghanischen Volkes stehen und es in Zukunft bei der weiteren Entwicklung seines Landes nicht nur begleiten, sondern auch aktiv unterstützen werden.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Es war in der Vergangenheit das falsche Signal – vor allem von unseren Freunden aus den USA –, in erster Linie aus innenpolitischen Gründen deutlich zu machen, dass wir Afghanistan verlassen werden. Dort wurde das so verstanden, dass wir Afghanistan alleinlassen. Das war das falsche Signal. Ich bin froh darüber, dass trotz aller wahlpolitischen Auseinandersetzungen in den USA eine andere Entscheidung getroffen wurde, die uns in

die Lage versetzt, unsere Fähigkeiten, abgestimmt in der NATO, zur Verfügung zu stellen und so unser Mandat nicht nur fortzusetzen, sondern auch zu präzisieren, auszuweiten und auf das realistische Lagebild in Afghanistan zuzuschneiden. **(C)**

Zum realistischen Lagebild. Die afghanischen Sicherheitskräfte haben die Verantwortung für die Sicherheit Afghanistans übernommen. Sie befinden sich aber manchmal in einer überdehnten Situation, in der sie nicht in der Lage sind, das, was notwendig ist, in den Griff zu bekommen. Sie brauchen weiterhin unsere Hilfe bei der Feststellung eines Lagebildes für ihre bzw. unsere Einsätze. Sie brauchen das, was wir tun, bis hin zu einer qualifizierten und gezielten Ausbildung der Soldatinnen und Soldaten der afghanischen Armee zu Gebirgsjägern im Norden, wo wir noch im Wesentlichen die Verantwortung tragen. Die afghanischen Sicherheitskräfte müssen ihre Qualität steigern, um die Auseinandersetzung mit den Taliban und anderen aufnehmen zu können.

Zum Lagebild gehört auch, dass die Taliban ihre Strategie verändert haben. Erinnern wir uns nur an Kunduz. Es gibt keine Kampfsaison mehr. Die Taliban führen ihren Kampf nun über das ganze Jahr. Zudem wird die Front nicht mehr an vielen Stellen breit gehalten. Vielmehr greifen die Taliban konzentriert und gezielt einzelne Städte und Orte an und verschwinden im Zweifelsfall wieder. Das ist eine andere militärische Kampfsituation als zuvor, auf die die afghanische Armee vorbereitet werden muss. Dazu können wir beitragen, indem wir die Kommunikation und die kommunikativen Kräfte stärken sowie Führungsunterstützung und konkrete Hilfe im Einsatz leisten. Aber das ist, wie in anderen Einsätzen auch, nur ein Teil dessen, was wir in Afghanistan tun. Wenn wir genau in dieser Zeit die Anschlussmandate der NATO vorbereiten – die NATO beteiligt sich aktiv an der Veränderung ihrer Strategie –, um nach diesem Einsatz eine Folgeunterstützung für Afghanistan zu organisieren, dann ist das genau der richtige Weg. Bekämpfung der Korruption und Bekämpfung des Drogenmissbrauchs – das sind die Ursachen für Menschenhandel, mit dem die Taliban und inzwischen auch der IS horrendes Geld verdienen –, das ist genau die richtige Strategie, um für Sicherheit zu sorgen, damit wir den Menschen in Afghanistan sagen können: Bleibt dort. **(D)**

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der CDU/CSU)

Wir brauchen die Fortsetzung von UNAMA, um auch bei der Regierungsbildung in Afghanistan weiter zu helfen, und wir brauchen die Ansätze, die aus unserer Wirtschaft kommen und darin bestehen, über Bildung und Ausbildung in Afghanistan zu einer besseren Qualität der wirtschaftlichen Strukturen zu kommen, zu einer eigenen Produktion, zu eigenen Absatzmärkten, die zu organisieren wir mithelfen müssen. Zudem müssen wir mit unseren Instrumenten zu Wissenschaft, Bildung und guter Ausbildung in Afghanistan beitragen. Damit können wir den Menschen in Afghanistan Perspektiven bieten. Damit können wir ihnen helfen, in Afghanistan zu bleiben und dort eine sichere Zukunft zu finden.